



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Die österreichische Frage in der Paulskirche : vom Reich. II.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die österreichische Frage in der Paulskirche.

Vom Reich.

II.

Es ist das eine eigenthümliche Schwierigkeit unserer Lage bei dieser und mancher andern wichtigen Frage, die in unserer Mitte zu verhandeln ist, daß der alleinige Boden des politischen Handelns, daß die politische Stimmung der Völker keineswegs immer eine so sicher und klar zu erkennende ist, um mit voller Gewißheit auf sie die erforderlichen Maßregeln bauen zu können. Das ist die traurige Folge der Dumpfheit unsers frühern politischen Lebens, der politischen Zerrissenheit, an der wir gelitten haben, daß unsere Organe nicht scharf hörend und fein fühlend genug sind, um in jedem Augenblick die wahre Stimmung der Völker, für welche wir unser Werk aufzurichten haben, mit Sicherheit zu erkennen.

Aus Rieffer's Rede über die S. 2 u. 3.

Heinrich von Gagern, dessen Wort bei der ersten ernsthaften Frage, in welcher es sich um das Princip der neuen deutschen Staatsbildung handelte, die große Mehrheit der Versammlung unwiderstehlich mit sich fortriß, hat diesmal weniger Erfolg gehabt, er sah sich veranlaßt, seinen Antrag noch vor der Abstimmung zurückzunehmen und auf die Zukunft zu verweisen, welche seine Ansicht bestätigen werde — auf eine nähere Zukunft freilich, als die Propheten der fünften Monarchie in der äußersten Linken. Damals hatte Gagern eigentlich nichts neues gesagt, er hatte aber für eine Ansicht, welche seit mehreren Tagen bekämpft und vertheidigt war, das ganze Gewicht seiner persönlichen Autorität und seiner Ueberzeugung eingesetzt. In der österreichischen Frage kam es eben so wenig darauf an neue Gesichtspunkte zu finden, dafür hatte man von allen Seiten auf das Redlichste gesorgt, und die Schwierigkeit der Entscheidung lag lediglich im Conflict zwischen den Resultaten der kalten Reflexion und den Eingebungen des Gefühls. Gagerns Aufgabe war, das Gefühl mit dem Verstand zu versöhnen und die Gewissen, welche sich gegen die Logik empörten, zurecht zu setzen. Man wurde durch die Menge der Gesichtspunkte verwirrt, von einem ruhigen Abwägen beider Seiten, deren jede ihre wesentliche Berechtigung fand, war keine Rede mehr. Alles blickte fragend auf den einzigen Mann, dem die Meinung den Siegel politischer Begabung aufgeprägt hatte und erwartete — nicht neue Gründe, sondern die Autorität der Entscheidung. Man wurde überrascht, als ein ganz neuer Vorschlag zum Vorschein kam, man hörte aufmerksam und mit großem Beifall zu, aber den andern Tag war jede Wirkung vorüber.

Wenn man jetzt die Rede liest, so ist dieses Resultat leicht begreiflich. Sie athmet nicht die Wärme der Ueberzeugung, sie wird von dem kalten Hauch der Reflexion durchfröstelt. Der Zauber der Persönlichkeit geht verloren, man legt die Gründe auf die Waagschale und kommt leicht hinter ihre Schwächen. In dem neuen Vorschlag liegt eine größere Härte als in allen frühern, denn der Ausschluß Oestreichs aus dem engern Bundesstaat wird definitiv ausgesprochen und doch ist wieder ein System der Vermittelung darin, das einen freien Ausdruck des Prinzips unmöglich macht.

Alle frühern Redner, mit Ausnahme der blinden Randaleurs Wiesner und Berger und der Oestreicher, welche das Aufgehen Deutschlands in einen mitteleuropäischen Föderativstaat mit der Hauptstadt Wien haben wollten, die also den Begriff eines constitutionellen Centralisationsystems, wie er von der Nationalversammlung angestrebt wurde, geradezu aufhoben, haben die beiden Paragraphen im Princip vollkommen gebilligt und sie als den nothwendigen Ausdruck der modernen Staatsidee anerkannt. Ebenso waren sie aber auch alle auf die Schwierigkeiten eingegangen, welche die eigenthümliche Lage Oestreichs der strengen Durchführung dieser Paragraphen in den Weg legten. Diejenigen, welche dennoch für die Annahme derselben stimmten, theilten sich in zwei Fraktionen. Die Einen hielten die Ueberwindung dieser Schwierigkeiten für möglich und sogar in vielfacher Beziehung heilsam für Oestreich; die Andern faßten die Eventualität ins Auge, daß Oestreich dadurch zum Austritt genöthigt werden sollte, und kamen zu der Ueberzeugung, daß Deutschland lieber die Verbindung mit Oestreich aufgeben, als eine hohle Grundlage für seinen eignen Staatsbau legen dürfe. Die Gegenpartei sagte: jene Paragraphen sind theoretisch wahr, aber praktisch nicht anwendbar; man müsse Oestreich bei Deutschland erhalten und man könne die Bedingung des Zusammenbleibens in Frankfurt definitiv nicht zur Entscheidung bringen; man solle abwarten, wie die Verhältnisse sich in Oestreich gestalten würden, oder direkt in Wien anfragen, unter welcher Bedingung man den Anschluß für möglich halte und demnach zu Gunsten Oestreichs die Strenge des Prinzips modificeire.

Worin bestand nun die Eigenthümlichkeit der Auffassung Heinrichs von Gagern? Seine Voraussetzungen sind: 1) die Nothwendigkeit, Oestreich bei Deutschland zu erhalten; 2) die Nothwendigkeit jener Paragraphen für die Constituirung des deutschen Reichs; 3) die Unmöglichkeit, dieselben in Oestreich durchzuführen. Wie löst er den Widerspruch dieser dreifachen Nothwendigkeit? Ganz einfach wie die Gedankenlosigkeit der specifisch östreichischen und zugleich specifisch deutschen Partei. Diese will für Deutsch-Oestreich die Einverleibung sowohl in Deutschland als in Oestreich, sie will daher, daß diese Provinzen zwei verschiedenen Staaten angehören sollen. Und Gagern? Er will dasselbe für Deutschland. Er will, daß das Reich — mit Ausschluß Oestreichs — einen eignen Staat bilde, ebenso Oestreich mit Ausschluß des Reichs und daß außerdem beide zusam-

men Einen Staat bilden sollen. Das Reich soll eine eigne Regierung haben, Oestreich eine eigne Regierung und beide zusammen auch eine eigne Regierung.

Ein abenteuerlicher Vorschlag, dessen Seltsamkeit noch dadurch gesteigert wird, daß Gagern sich gegen das Amendement des Herrn v. Mühlfeld erklärte. Nach diesem Amendement sollte für den Fall, daß sich die Durchführung der beiden Paragraphen, deren politische Nothwendigkeit der Antragsteller vollkommen anerkennt, für Oestreich unmöglich ausweisen sollte, die staatliche Trennung Oestreichs vom Reich und der Abschluß eines völkerrechtlichen Bundesstaats zwischen den Regierungen beider souveränen Staaten stattfinden. Das ist ein vollkommen verständlicher Antrag und nach meiner Ansicht der einzig richtige, wenn man stillschweigend voraussetzt, was sich ohnehin von selbst versteht, daß der Abschluß jenes völkerrechtlichen Vertrags mit vollkommener Freiheit von beiden Seiten geschehen soll, also nur soweit, als es das Interesse beider Staaten erheischt. Freilich bleibt alsdann für den schlimmsten Fall die Möglichkeit, daß sich kein gemeinsames Interesse findet, daß also dieses Bündniß überhaupt nicht zu Stande kommt. Einer solchen — freilich sehr entfernten Möglichkeit soll man aber wie ein Mann ins Auge sehen, denn durch willkürliche Voraussetzungen hebt man sie nicht auf und der bloße Wunsch, der Erguß des Gefühls hat keine politische Berechtigung. Was ist das aber für ein wunderliches Staatsgebäude, das aus Gagerns Anschauung resultirt. Preußen, Baiern, Sachsen u. s. w. sind constitutionelle Monarchien, sie alle zusammen gleichfalls eine constitutionelle Monarchie; Oestreich auch eine und zwar so, daß es eine Reihe selbstständiger Staatsatome in sich enthält, und Oestreich und Deutschland zusammen auch eine Art constitutioneller Monarchie! das ist ja eine Maschine, in der jedes Rad nur dazu dient, einem andern entgegen zu arbeiten! Seitdem Thiers den Wig gemacht hat, bei der Vertheidigung des Zweikammersystems, die Einfachheit für die Form des Despotismus und der Barbarei zu erklären, der Freiheit und Bildung dagegen die complicirten Formen zu vindiciren, wird es bei „Staatsmännern“ üblich, nach dem Grade des Complicirten einer Staatsform den Grad der Freiheit und Bildung abzumessen. Aber alles hat seine Grenzen. Gagern argumentirt so: Deutschlands einziger, welthistorischer Beruf ist es, den Osten zu cultiviren. Dieses kann es realisiren nur durch das Fortbestehen des jetzigen Oestreichs und durch den innigen Anschluß desselben an Deutschland. Daher u. s. w. Ich würde so argumentiren: da das Fortbestehen des jetzigen Oestreich die staatliche Vereinigung mit dem ebenfalls staatlich concentrirten Deutschland unmöglich macht, so ist, — vorausgesetzt, daß die Cultur des Ostens nur durch eine solche Combination möglich wäre, was ich aber nicht zugebe — so ist es also Deutschlands welthistorischer Beruf nicht, den Osten zu cultiviren.

Bei einem Manne wie Gagern interessiren auch die Details. Wir wollen Einzelnes seiner Anschauung zusammenstellen. In dem neuen Reich (Deutschland

mit Ausschluß Oestreichs) soll Preußen nicht die Hegemonie haben, sondern ein einheitliches Oberhaupt soll an der Spitze stehn. „Für die Gesamtleitung Deutschlands aber, Oestreich einbegriffen, wird eine weitere Einrichtung getroffen werden müssen. Wir werden einen Organismus schaffen müssen, wonach eine centrale Leitung der gemeinsamen Interessen des ganzen Deutschland (eine Centralgewalt in zweiter Potenz) unter Mitwirkung seiner vereinigten Vertreter (eine Nationalversammlung in dritter Potenz) statt hätte.“ — Das gehört freilich sehr in die Politik der Zukunft. — Oestreich soll in Italien nur die militärisch nothwendige Grenze, wie sie von Radowiz angegeben ist, behalten; die Lombardei dagegen und die Hegemonie Italiens aufgeben und sich lediglich auf den Osten concentriren.

Deutschland und die östreichischen Staaten in einen Staatencomplex zu einigen, gibt es nur zwei Mittel. Entweder die Föderativrepublik Nordamerika's — und dieser Weg würde für jetzt durch die rothe Republik führen, was wir doch vermeiden möchten; oder das Aufgehen Deutschlands in den östreichischen Kaiserstaat. Gegen das letzte protestirt ganz Deutschland. Einen dritten Weg gibt es aber nicht. —

Von Gagern komme ich auf eine preußische Notabilität, den Freiherrn von Vincke. Ich schicke eine Bemerkung voraus, die sich zum Theil auch auf Gagern bezieht. Man könnte sagen, sie gehen mit der Sprache nicht heraus, sie stellen eine weite, unklare Perspective auf, um die Gemüther durch Hoffnung zu beruhigen. Bei dem bekannten Charakter dieser Männer halte ich es für unwahrscheinlich. Sie haben es nicht nöthig. Gagern hat das Recht, vieles zu sagen, was jedem Andern den Verdacht reaktionärer Gesinnung aufbürdete; Vincke steht einmal im Rufe einer bestimmten Partei und wird ihm nicht entgehen, wenn er auch mit Blum'schen Phrasen operirte. Es wäre aber auch unklug. In der Zeit unserer babylonischen Sprach- und Begriffsverwirrung heilt nur Eins: unbedingte Klarheit, mag sie auch für den Augenblick das Auge verwunden, wie der Blitz, und gerade Männer wie Gagern und Vincke scheinen berufen, mit der Paradoxie der Freiheit dieses Licht zu entzünden. Freilich kann Keiner mehr geben als er hat und es ist etwas anders, sich mit Anstand von den Wellen der Bewegung tragen zu lassen, ein Anderes, ihnen das Bette zu graben, das sie in feinen Lauf zwingen soll.

Vincke entwickelt mit seiner gewohnten dialektischen Schwäche die Widersprüche seiner Gegner. Er zeigt, daß die Voraussetzung, eine bloße Personalunion werde den Einfluß, den Deutschland auf die östreichischen Nebenländer ausüben soll, möglich machen, auf einer Verwechslung des constitutionellen Kaiserthums mit dem absoluten beruht. Im constitutionellen Kaiserthum entscheidet die Majorität der Volksvertreter und ein einheitliches Leben verschiedener souveräner Staaten ist nicht denkbar, da nothwendig die Interessen auseinandergehen. Er weist nach,

daß, so viel man aus Thatfachen urtheilen kann, die Majorität der Oestreicher nicht für das Aufgeben der einheitlichen Monarchie sei. Man sollte glauben, er würde nun auf das Mühlfeld'sche Amendement herauskommen: Deutschland für sich, Oestreich für sich, beide völkerrechtlich so weit es geht vereinigt. Aber nein! Er fürchtet, zu preussisch zu erscheinen; der Begriff völkerrechtlich genügt ihm nicht: „Wir wollen mit dem gesammten Oestreich einen Staatenbund, für uns ohne Oestreich einen Bundesstaat.“ Eine limitirte Souveränität zweier Staaten, von der doch wohl bei jeder wichtigen Frage jeder einzelne ein Veto haben wird und die demnach dahin führen muß, daß in keiner Sache ein Beschluß gefaßt werden kann. Die österreichischen Abgeordneten sollen immerhin in Frankfurt bleiben, wenn sie auch nicht zu dem Staat gehören sollen, dessen Constitution sie mitberathen. Was das für eine Logik ist! Zuletzt geht es rein in das Gemüth: „Wir wollen einen Bau gründen, der Deutschland groß und mächtig, an die Spitze Europas, unsere Flagge flattere auf der weiten See“ u. s. w., wie ein alter Burschenschaftler. Damit kommt man keinen Schritt weiter.

Sonst sprach sich auf Seite der Deutschen kein Redner von Bedeutung gegen die Paragraphen aus. Reichensperger meinte, man solle die Logik nicht übertreiben. Außer Gagern stimmten von bekannten Namen Graf Schwerin, v. Kottow, v. Beisler, v. Bally, v. Linde gegen die Paragraphen. Am entschiedensten sprach v. Linde die Incompetenz der Versammlung aus, über die Auflösung der Realunion zwischen den deutschen und nichtdeutschen Provinzen Oestreichs zu entscheiden, „weil sie nicht beweisen könne, daß die Folgen der Märzrevolution auch in Oestreich das Resultat herbeigeführt hätten, daß die bestehende Verfassung gänzlich aufgelöst wäre.“ Die Monarchie habe also nicht die Verbindlichkeit, sich darüber Vorschriften geben zu lassen, ob der zum deutschen Lande gehörige Theil in Zukunft in einer Personalunion oder ob er auch zugleich in einer Realunion mit den Nebenlanden stehen solle. Nur auf dem Wege diplomatischer Verhandlung könne dies allerdings wünschenswerthe Resultat erreicht werden.

Die Gegner konnten dieser Theorie am glücklichsten mit der Anspielung auf Holstein und Limburg begegnen. Hier hatte die Nationalversammlung durch frühere Entscheidung ihre Ansichten auch über Oestreich bereits präjudicirt; nach welchem Rechtsprincip, war freilich nicht zu ersehen. Der andern Seite stand dagegen die Masse der Thatfachen zu Gebote; von Seite des Reichs waren Schritte geschehen, auf die Entscheidung der innern Angelegenheiten Oestreichs zu influiren, mit Schonung freilich, weil man unmöglich der radikalen Fraktion, welche in diesem Augenblick die Fahne des Reichs aufspizt, das Wort reden konnte; aber sie waren geschehen, und ihre Erfolglosigkeit mußte das Vertrauen der schwarz-gelb-rothen Partei zu Frankfurt untergraben und ihr die letzten Stützen entziehen. —

Unter den Oestreichern, die gegen die Paragraphen stimmten, zeichnen

sich zunächst zwei Mitglieder der äußersten Linken aus: Wiesner und Berger. Der erste ist schon im vorigen Artikel besprochen; er stimmte gegen Personalunion, weil er Republikaner sei. Berger erklärte die Sache der Wiener für eine mehr demokratische als nationale, und setzte hinzu, er würde sich für den slavischen Gesamtstaat erklären, wenn dieser eine mehr demokratische Entwicklung verspräche, als Deutschland. Er stimmte gegen die Paragraphen aus dem kuriosen Grunde, sie verständen sich von selbst und seien daher nur darum aufgestellt, um die Destreicher aus der Nationalversammlung zu jagen. Daß sie als selbstverständlich nicht allgemein anerkannt wurden, zeigte aber die Debatte selbst, und gesetzlich bringt man die Anerkennung eines logisch sich von selbst verstehenden Sages nur durch die Abstimmung zu Stande. Uebrigens sprach er sich sehr scharf gegen das jetzt bestehende Oesterreich und für die Gründung eines großen mitteleuropäischen Reiches aus, dessen Knotenpunkt Wien sein müsse. Wie der Ritter v. Ostrow in unserm vorigen Heft. Gleichfalls zur Linken gehörte der Abgeordnete v. Mayfeld, welcher verlangte: „dem österreichischen constituirenden Reichstag, welcher hinsichtlich der deutsch-österreichischen Provinzen der deutschen Nationalversammlung subordinirt, hinsichtlich der nichtdeutschen aber ihr coordinirt sei, freiere Hand zu lassen hinsichtlich der Feststellung des Verhältnisses zwischen den deutschen und nichtdeutschen Provinzen. Finde er, daß eine innigere Verbindung zwischen denselben möglich sei, als die reine Personalunion, so könne er diese Verbindung feststellen, und der übrige deutsche Bundesstaat habe keine Einwendung dagegen zu machen, wenn nur die gesetzlichen Bestimmungen für Deutschland in den deutsch-österreichischen Ländern durch ihre Verbindung eines nichtdeutschen keine Modification erlitten.“ Eine Voraussetzung, deren Unmöglichkeit eben jene Paragraphen hervorgerufen hatte. Im Uebrigen erklärte sich der Redner für die Politik des Weltgeistes und gegen die Schwarzen.

Die andern Redner dieser Partei hatten eine mehr conservative Farbe. Tritsch sagte ganz richtig: „Ich kann mir die Wirksamkeit einer reinen Personalunion zwischen zwei verschiedenen Staaten nur dann denken, wenn diese Staaten absolut regiert werden. Finden sich in den verschiedenen Staaten constitutionelle Formen, wodurch die Macht des Oberhauptes beschränkt ist, so ist es unmöglich, daß beide auf dieselbe Art wie früher Hand in Hand gehen, ohne daß ihre Interessen wechselseitig verletzt werden. Ich finde es sogar gefährlicher, derlei Staaten durch eine Personalunion vereinigt zu halten, als sie rein zu trennen. Sind sie getrennt, so werden die wechselseitigen Verhältnisse sich durch Verträge Geltung verschaffen. Stehen sie unter einem gemeinschaftlichen Oberhaupt, so kommt dieser in die unangenehme Lage, nicht zu wissen, nach welcher Seite hin er seinen Anspruch fällen soll. Es hat die nothwendige Folge, daß Mißtrauen in beiden entsteht, daß jeder Beschluß, den der Monarch für den einen faßt, Eifersucht in dem andern hervorbringt und daß dessen nothwendige Unbefangenheit ganz wegfällt.“

In der That könnte die reine Personalunion auch nur als Uebergang zu der vollständigen Trennung aufgefaßt werden. — Der Redner führte für die Vertretung Oesterreichs sowohl mit Deutschland als mit den Nebenländern Rechtsgründe vor, da die pragmatische Sanction völkerrechtlich garantirt sei. Er wies die Deutschen darauf hin, daß sie durch die Trennung Oesterreichs ihren Einfluß in Italien, im Osten u. s. w. verlieren; die Oesterreicher, daß sie in die Hände der Slaven fallen würden. Einen bestimmten Modus der Vereinigung gab er nicht an. — Arnet sprach der Versammlung das Recht ab, durch Annahme der Paragraphe Oesterreich auszuschließen. Er meinte, wenn der ganze Staat Oesterreich in Deutschland aufgenommen werden solle, werde kein Oesterreicher etwas dagegen haben. Von größerem Interesse war, seiner politischen Stellung nach, die Rede des Reichsstaatssecretär v. Würth. Er erklärte, den Gedanken der Trennung von Deutschland nicht fassen zu können; ebensowenig aber auch die Aufhebung der pragmatischen Sanction. Er verlangte, „daß von Seiten der Nationalversammlung die provisorische Centralgewalt beauftragt werde, sich mit der österreichischen Regierung in Einvernehmen zu setzen, ihr diejenigen Bestimmungen, die in dem Verfassungsentwurf aufgenommen, vorzulegen und sie zu fragen: welche Modificationen hältst du für nothwendig, damit du in den Bundesstaat eintreten kannst?“ Der Herr Staatssecretär übersah dabei ganz, daß er eben damit aus der Fiction eines schon vorhandenen Bundesstaates, dessen integrierender Theil Oesterreich sei, heraustrat, und sich nun doch die Möglichkeit vorstellen mußte, daß jener Vertrag nicht zu Stande käme, wenn er nicht die Reichsgewalt, deren Beamter er war, geradezu zum gehorsamen Diener des österreichischen Cabinets herabsetzen wollte. — Beidtel erklärte ganz naiv: „Oesterreich wird aufstehen wie ein Mann, wenn es gelten wird, seine Existenz, seine Einheit und Freiheit (Autonomie) zu bewahren. Oesterreich, das Jahrhunderte lang gedauert, wird nimmermehr dulden, daß es mitten im Frieden zerrissen werde, zerrissen durch diejenige Versammlung, zu welcher es selbst Vertreter geschickt hat.“ Das ist wenigstens deutlich gesprochen. — Kaiser versicherte ähnliches und beantragte das Amendement: „Ausnahmen von einzelnen Bestimmungen der Reichsverfassung, sofern sie Oesterreich wegen der eigenthümlichen Verhältnisse des Landes zugestanden werden sollen, bleiben spätern Beschlüssen vorbehalten.“ Und für dieses Amendement stimmten 107 Mitglieder der deutschen Nationalversammlung!! Darunter die Preußen Flottwell, Vincke, Schwerin; Gagern nicht. Amendements von Sommaraga, Schreiner u. A. hatten eine ähnliche Tendenz.

Ich muß noch eine Bemerkung machen. Im Wesentlichen sind die Anfechtungen gegen die §§. von der rechten Seite ausgegangen; was Oesterreich betrifft, von der Partei, die man die schwarze nennt. Wir müssen hier aber scharf unterscheiden. Die Aufrechthaltung Oesterreichs kann man sich in einer doppelten Form vorstellen: als Herstellung der alten Metternich'schen Gewalt Herrschaft mit

vorwiegend dynastischem Interesse; oder als Föderation der in diesem Staatencomplex begriffnen Nationen auf Grund gemeinschaftlicher Interessen. Mit Recht hat sich die erste Partei den Haß Oestreichs zugezogen; sie verdient auch den Haß Deutschlands, denn sie will über das neue Deutschland die alte Metternichsche Zuchtruthe schwingen. Deshalb beantragt sie für Oestreich eine Ausnahmestellung. Wenn die Grenzboten für die Erhaltung Oestreichs sprechen, so meinen sie natürlich nur die zweite Auffassung. Es ist im Interesse Deutschlands wie im Interesse Oestreichs, daß beide Staaten sich unabhängig constituiren, ohne irgend eine Intervention von Seiten des andern. Die Erscheinungen, welche den gegenwärtigen Kampf in Oestreich begleiten, sind sehr traurig; sowohl die Pöbelherrschaft als der Bürgerkrieg, als der Militärdespotismus. Aber wir sind überzeugt, daß jede Einmischung von Seiten Deutschlands die Verwirrung nur noch steigern kann. Von allen Parteien aber müssen wir diejenige, deren Reden wir eben charakterisirt haben, am entschiedensten bekämpfen. Denn sie macht die Verwirrung permanent. Soll die wünschenswerthe Einigung Oestreichs und Deutschlands eintreten, so ist es nur auf Einem Wege möglich: daß vorher beide sich sondern, um mit sich selber im klaren zu sein.

Sehr zu unterscheiden von jener, ist eine — ich will nicht sagen, gemäßigte, aber verständige Partei der Schwarzen, auf die wir zum Theil schon hingedeutet haben, die Verfasser des Minoritäts-Gutachtens. Die officielle Motivirung desselben schmeckt zwar stark nach ihren übrigen Bundesgenossen. „Das selbstständige, eigenthümliche Leben der einzelnen deutschen Staaten gestattet nicht, die Einheit Deutschlands dadurch hervorzubringen, daß mit Nichtachtung der theuersten Gefühle und der historischen Erinnerungen der einzelnen Stämme (doch der Hamburger so gut wie der Oestreicher?) die einzelnen Staaten zu einem einzigen großen Reiche, zu einem Bundesstaat, zusammengeschmolzen und dadurch die Einzelstaaten zu bloßen Provinzen des großen Reichs umgeschaffen werden.“ Gefühl gegen Gefühl! Einheit hier, historische Erinnerung dort!

Hail, royal prince!

— Thanks, noble peer;

The cheapest of us is ten groats too dear.

An sich aber ist das Minoritäts-Gutachten — als officieller Ausdruck eines Wunsches — durchaus verständig, und widerspricht den §§. in keiner Weise. Hr. v. Mühlfeld erklärt ausdrücklich, daß er die §§. für eine so nothwendige Folgerung aus der Form des Bundesstaats ansehe, daß eine Ausnahme davon nicht gemacht werden dürfe. „Wir wollten uns nicht darüber entscheiden, ob es möglich sei, sie in Oestreich auszuführen oder nicht, müßten uns aber den Fall denken, es sei nicht möglich, und dafür Vorsorge treffen, daß auch unter dieser Voraussetzung die Zwecke, die wir hier anstreben, so weit als möglich erreicht würden. Wir müssen uns klar darüber werden, daß, wenn Oestreich nicht

Grenzboten. IV. 1848.

verlangen kann, daß eine Abweichung von den Grundsätzen des Bundesstaats in seinem Interesse geschehe, dann eine andere Form der Vereinigung zu suchen sei, und diese Form fanden wir in der des völkerrechtlichen Bündnisses zu militärischen, commerciellen und nationalen Zwecken (weil der österreichische Föderativstaat mit dem Deutschen sich zur Stärkung der gemeinsamen nationalen Elemente einigen muß.)" Und dieses Amendement fand nur 38 Stimmen, unter denen die des Präsidenten nicht war!

Die Oesterreicher, welche sich für die Trennung der Monarchie und das Aufgehen der Deutsch-Oesterreichischen Provinzen in Deutschland aussprachen, hatten ein leichtes Spiel; sie gingen ohne Ausnahme von der Voraussetzung aus, diese Trennung müsse erfolgen, sie waren daher deutscher als selbst ihre Verbündeten in Wien, die doch den von den Galiziern mit beschickten Reichstag anerkennen und beim Kaiser Anträge auf ein österreichisches Nationalparlament stellen. Ich gehe in Kürze die charakteristischen Züge dieser Redner durch. Giskra vertheidigte die Möglichkeit einer Personalunion gegen die vermeintlichen Anhänger der preussischen Dynastie, welche für die §§. nur deshalb stimmen sollten, um Oestreich auszuschließen. „Man hörte zischeln, es wäre die Personalunion nicht möglich, es müsse daher Oestreich aus dem deutschen Verbande ausscheiden, und ein anderer großer Staat würde das Aufgehen in Deutschland in einer befriedigenden Weise zu lösen wissen. Ich nenne das ein Irrlicht aus stinkenden Sümpfen, und meine im Ernst, hier in der Paulskirche sei Niemand, der diesen Gedanken hegt und pflegt; ich müßte den Träger eines solchen Gedankens für einen Schurken halten, der die heiligsten Sachen seinem Egoismus unterordnet. Das wäre mehr als eine gemeine Politik, das wäre Verrath und Niederträchtigkeit am ganzen Volke“ u. s. w. Das sind handgreifliche Argumente. Ueber die Schwierigkeit der Personalunion bei staatlicher Trennung ging er leicht hinweg, indem er die Möglichkeit eines Collisionssfalls „verfluchte.“ Reitter aus Prag vertheidigte die Wiener Bewegung, der er Beifall schenkte, gegen den Vorwurf demokratischer Tendenzen. Wagner erklärte die Möglichkeit des bisherigen Uebergewichts der deutschen Sprache in Oestreich nur aus dem Absolutismus; in einem constitutionellen Oestreich müsse die Hegemonie an die Slaven fallen, und darum solle sich Deutsch-Oestreich von den Nebenländern trennen. v. Stremayr sagte: „wenn Slavien mir die Freiheit bietet und Germanien mich in die Ketten brächte, so würde ich doch Deutschland folgen!“ Uebrigens könne eine innigere Verbindung zwischen den einzelnen österreichischen Staaten noch in der Folge stattfinden. Wenn man aber jetzt das Verhältniß in der Schwebe halten wolle, so hieße das die deutsche Sache aufgeben. Schneider wies nach, daß die historischen Reminiscenzen an die Großmacht Oestreich sich nur auf die Dynastie, nicht auf die Völker bezogen, und meinte, der Kaiser von Oestreich als König von Ungarn werde auch weiter die Interessen der Deutschen in den Nebenländern vertreten können; das Wie gab

er nicht an. Marek sprach sehr verständig. Er löste das Schreckgespenst des Panflavismus auf und fuhr dann fort: „Man ist auf den Particularismus der preussischen Abgeordneten losgefahren. Ich glaube aber, in Oestreich tritt der Particularismus hervor, nämlich in rein dynastischem Interesse; ich denke mir, daß viele meiner Landsleute für den innigen Anschluß Oestreichs an Deutschland stimmen würden, wenn sie wüßten, daß der Kaiser von Oestreich an die Spitze kommen würde. Ich theile diese Ansicht nicht; mir gilt es gleich, wer an die Spitze Deutschlands gesetzt wird, mir sind die Fürsten nur Mittel zum Zweck.“ „Die Frage, ob Oestreich ein Gesamtstaat bleiben kann, verneine ich. Würde sie aber bejaht werden, dann machen Sie sich keine Illusion von einem Staatenbunde mit Oestreich. Wenn der österreichische Adler kräftig genug ist, zu fliegen, so werden Sie es nicht dahin bringen, ihm eine Schnur an die Füße zu binden, um ihn zu lenken, wohin Sie wollen.“ „Als im März die Freiheit proclamirt wurde, faselte man überall von einem starken einigen Oestreich, und wie auf diesem starken Baum der Freiheit der österreichische Adler sein Nest haben solle; aber es ging uns wie mit dem babylonischen Thurme: die Gottheit war empört über unser thörichtes Beginnen und hat die Sprachenverwirrung unter uns hineingeworfen, so daß wir unser Werk nicht mehr vollführen können.“ Zulezt behauptete er, das Volk der Tschechen wäre nicht gegen den Anschluß, weil ihre materiellen Interessen an die Deutschen gebunden wären, aber ohne diese Behauptung zu erweisen. — Groß sprach für die Paragraphen, weil Deutschland dem zerrissnen Oestreich einen Anhaltspunkt geben müsse, sich neu zu constituiren, und für die Aufnahme der deutsch-österreichischen Provinzen im Interesse der deutschen Einheit und Freiheit. — Niesl versicherte, seine Landsleute würden die Erhaltung Deutschlands der Erhaltung Oestreichs vorziehen und warnte vor den Machinationen der Slaven.

Man sieht, es handelte sich hier bei den Oestreichern, also bei Sachverständigen selbst, fortwährend um factische Divergenzen. Jeder einzelne Redner bestritt eine Thatsache, die ein anderer als unumstößlich aufgestellt hatte. Diese ungenügende Kenntniß des Gegebenen mußte bei den Nicht-Oestreichern noch viel mehr hervortreten.

Eisenmann entscheidet die Frage durch Ausrufungszeichen. „Die Einheit ist unser höchstes Princip. Deutsche Einheit über Alles! ist mein Wahlspruch, und mein Standpunkt ist daher nur ein deutscher, und ich hoffe, daß kein Redner diese Tribüne betreten wird, der einen andern Standpunkt vertheidigt, als den der deutschen Einheit. Nur wer vom deutschen Standpunkt ausgeht, soll diese Tribüne betreten.“ Eine höchst einfache Rechnung! Und so die übrige Deduction. Die deutsche Partei in Oestreich hat recht, was auch die Zeitungen darüber sagen mögen, denn „die ganze Journalistik ist in dieser Beziehung verkauft.“ „Der deutsche Einfluß in Italien soll bestehen, aber nicht auf Kosten unsers Bluts

und Vermögens.“ Wie bequem! der Kern der Sache folgt weiter: „Glauben Sie, daß es gut sein würde, wenn wir auf der einen Seite ein mächtiges Preußen haben und auf der andern Seite ein mächtiges Oestreich aufgeben und inzwischen lauter kleine Staaten haben? (Und Baiern?) Es fehlt nur noch, daß ein Mann, der in Süddeutschland keine Sympathien hat, zum Oberhaupt von Deutschland gewählt wird, dann haben Sie alle Schrecken des blutigsten Bürgerkriegs.“ „Man sagt, es sei hier auf der Tribüne gut sprechen, so wird, so soll es sein; aber man fragt uns, was können wir thun, um den Anschluß Oestreichs an Deutschland zu erreichen! Aber, meine Herren, wenn wir nicht für die Einheit Deutschlands sorgen können, dann haben wir gar nichts hier zu thun, dann gehn wir fort!“ Ist auch immer eine Antwort. „Wenn es ja zum Kriege kommen sollte, zwischen Deutschen und Slaven, so komme er lieber früher als später.“ Frisch! froh! fromm! frei! „Wir sind nicht gesandt, sagte Uhl and, um große Gebiete, welche durch Jahrhunderte deutsches Reichsland waren, von Deutschland abzulösen.“ Er stimmte dafür, diese beiden §§., um sich mit Oestreich schnell ins Klare zu setzen, ausnahmsweise sogleich anzunehmen, während der übrige Entwurf zweimaliger Berathung unterliegt. Bogt zog sowohl gegen die preußischen als östreichischen Dynastiker zu Felde, von denen die einen den Ausschluß wollten, die andern von einem abenteuerlichen mitteleuropäischen Reich träumen. Er erklärte die Stellung der Linken, Jellachich gegenüber. „Wir erkennen die Berechtigung einer jeden (!) östreichischen Nationalität an, sich zu befreien von dem Bande der Gesamtmonarchie. Wir haben auch die Berechtigung der croatischen Bewegung anerkannt, so lange diese dahin ging, die croatische Nation frei zu machen von irgend einem Druck, komme er von wem er wolle. Im Moment aber, wo diese Bewegung weiter ging und Jellachich, statt Befreier der Croaten zu sein, das Werkzeug in den Händen der Camarilla wurde, in diesem Augenblick sind wir Feinde der croatischen Bewegung geworden.“ Daß es aber den Croaten gar nicht daran liegt, einen eignen Staat zu bilden, daß sie sich von dem Druck der Magyaren nicht anders befreien können, als durch Aufrechthaltung des Gesamtstaates und daß sie zu diesem Zweck nothwendig in die Offensive übergehen müßten, darauf nimmt der radikale Professor, der sich rühmt, ohne allen Standpunkt zu sein, keine Rücksicht. Er fährt fort: „Ich sehe nicht ein, warum nicht Böhmen ein durch Personalunion mit dem übrigen deutschen Oestreich verbundenes Land sein könnte, welches in unsern deutschen Bundesstaat gehört, aber die administrativen Einrichtungen abgesondert von Oestreich haben.“ Die Sache ist aber die, daß die Czechen auf diesen Vorschlag nicht eingehen wollen, und es fragt sich eben, soll man sie dazu zwingen?

Der Bürgerkrieg zwischen den beiden Parteien, von denen die eine die Erhaltung Oestreichs, die andere den Anschluß an Deutschland will, ist offen ausgebro-

heit. Es fragt sich nun, soll Deutschland interveniren? Mit Rechtsgründen wird diese Frage nicht entschieden. Eine bewaffnete Intervention würde dem Bürgerkrieg den gehässigsten Charakter geben, sie würde muthmaßlich eine russische Einmischung herbeiführen und den größten Theil der Oestreicher gegen die „Fremden“ vereinigen. Denn man gebe denselben immerhin den Namen Reichstruppen; der Oestreicher wird nicht vergessen, daß es Sachsen, Hessen und Preußen sind. Preußen! Eine zweite Auflage des siebenjährigen Kriegs! Die radikale Partei in Berlin hatte die beste Intention dazu, und Herr Waldeck wollte allen Ernstes preußische Truppen marschiren lassen, zwar zur Unterstützung seiner Brüder, der Fürstenerfresser, aber doch auch zur Ehre des preußischen Namens. Der erste Eintritt eines preußischen Soldaten auf Oestreichs Gebiet hätte einen Nationalkrieg heraufbeschworen. Die Berliner Constituante verwarf den Antrag; zu berechnen war es bei dieser Versammlung nicht, sie hätte ihn auch eben so gut annehmen können. Nur wurde es den Candidaten des neuen Ministeriums doch zu stark — ebenso wie die Aufführung des Königsberger Pétition vor dem König — sie zogen wieder einmal die deutsche Fahne auf und erließen eine Adresse an die Reichsgewalt, wozu sie — als Stände — eben so viel Recht hatten, als zu der selbstständigen Kriegserklärung gegen Oestreich. Doch vermied das Amendement Rodbertus die Nothwendigkeit eines eigentlichen Entschlusses, es führte voraussichtlich zu keinem Blutvergießen und machte doch Lärm genug, sämmtliche Minister in Verlegenheit zu setzen.

Wie diese Partei — in Berlin, in Frankfurt und in Wien — ihre Stellung zu den Fürsten auffaßt, zeigt am Klarsten das Minoritätsgutachten zu dem Verfassungsentwurf. Der Bundestag war die concentrirte Macht der Regierungen; die Centralgewalt soll ein Hebel gegen die Fürsten sein. In einem Monarchienbündniß sehen sie die permanente Verschwörung gegen die Volksfreiheit. „Nur durch eine den Einzelregierungen gegenüber stark und kräftig gemachte Centralgewalt kann eine auf der Freiheit und auf gleicher Berechtigung Aller beruhende Einheit Deutschlands hergestellt werden; bleiben aber die Einzelstaaten Mächte, so ist nur eine auf Suprematie, auf die Herrschaft der Einen und die Dienstbarkeit der Andern gegründete Einheit denkbar. Die Centralvollziehungsgewalt wird eine auf demokratischen Grundsätzen beruhende sein müssen, so lange die Einzelstaaten Monarchien sind; (nachher nicht?) denn eine in die dynastischen Interessen verflochtene Erbmonarchie an der Spitze des Gesamtstaates würde zu sehr versucht sein, mit den Dynastien der Einzelstaaten gegen die Freiheit des Volks zu conspiriren.“ — So erklärt sich die gelegentliche Begeisterung für die Centralgewalt bei unsern Radikalen, die mit dem Haß gegen die bestimmte Centralgewalt Hand in Hand geht; so der ehemalige Jakobische Antrag, so die Aufforderung zur Intervention in Oestreich, so das Zetergeschrei über die Interven-

tion in Thüringen. „Ihr tyrannisiert die kleinen Staaten und laßt den großen freien Spielraum!“ Natürlich, was dort eine Execution, wäre hier ein Krieg. Das Recht, sich selbstständig zu entwickeln, hängt von der Macht dazu ab. —

Ich komme zuletzt auf diejenigen Redner, welche auf jede Eventualität für das Princip des neuen Bundesstaats aufrecht zu halten entschlossen waren. Der erste, der scharf die Alternative aussprach, war Baiß. „Die deutschen Destreicher ganz mit und bei Deutschland, oder die deutschen Destreicher ganz mit und bei der österreichischen Monarchie. Für beide Seiten sind Sympathien, auf beiden Seiten sind Rechte. Aber auf keinen Fall ein unklares Mißverhältniß! Es wäre das ein Zustand, ähnlich dem, den wir in den letzten 30 Jahren gehabt haben, wo Oestreich Einfluß auf Deutschland übte, aber Deutschland niemals Einfluß auf Oestreich; wo Deutschlands Geschichte nicht Einen Gravitationspunkt hätten, sondern einen innerhalb seiner selbst und einen außerhalb, wo es in der Schwebelage wäre zwischen einer eigenen und einer österreichischen Politik, wo Deutschland am Ende nur ein Appendix wäre der österreichischen Monarchie.“ „Deutschlands Bau würde leichter sein ohne Oestreich; aber ich glaube, es ist Niemand in der Versammlung, der nicht den mühseligsten Bau lieber will als den leichteren ohne Oestreich. Aber einen eignen und festgeschlossenen Bau müssen wir wollen.“ Am klarsten sprach Bieder mann dies Problem aus: daß ein für den neuen Staat gegebenes Gesetz für alle Theile bindend sei, verstünde sich von selbst; es käme nur darauf an, ob man alle Länder des bisherigen deutschen Bundes in den neuen Staat zwingen solle. „Wenn patriotische Wünsche im Stande wären, die Macht der Thatsachen zu beherrschen, so würde ich es allerdings für unpatriotisch halten, jene Eventualität auch nur ins Auge zu fassen. Allein wenn wir, gegenüber den Beweisen, wie schwierig, ja wie beinahe unmöglich es für die deutschen Provinzen sein werde, sich uns auf diese Bedingung anzuschließen; gegenüber nicht allein jener Bevölkerung, die als nicht deutsche natürlich einer solchen Bedingung widerstrebt, sondern auch dem Widerstande selbst der deutschen Bevölkerung; gegenüber endlich dem welthistorischen Interesse, welches Deutschland daran hat, daß gerade jener Staat fortbestehe und die Brücke bilde zu den Ländern, wohin der deutsche Einfluß dringen muß: — wenn allen diesen Momenten gegenüber wir wenigstens die Möglichkeit ins Auge fassen, daß Oestreich nicht auf diese Bedingung eingehen könne und sich einen andern Weg eröffnen müßte, um mit Deutschland in Verbindung zu bleiben, dann kann man dabei sehr patriotisch sein.“ „Oestreich stand, was den Verkehr und die geistige Wechselbeziehung betrifft, bisher in einer Verbindung zu uns, die weit laager war, als diejenige sein wird, in welche wir durch eine bloß vertragmäßige Vereinigung mit ihm treten können. Wir geben also nicht etwas auf, was wir vorher besaßen.“

Eben so entschieden sprach Wichmann. Man müsse sich jetzt entscheiden,

weil davon die Anwesenheit der österreichischen Deputation in der Paulskirche und dann die Modalität der Verfassung abhängig sei. „Wir treten so eben aus dem Staatenbunde heraus, und da muthet man uns schon wieder zu, in einen neuen hineinzutreten. Und in was für einen? In einen solchen, der aus wenigstens 20 verschiedenen Nationalitäten besteht, in einen Staat, der an die Idee der Universalmonarchie erinnert, worüber die Geschichte den Stab längst gebrochen hat. — Ich halte eine solche Union für nicht nützlich, weil sich große politische sowohl, wie handelspolitische Maßregeln nicht durchführen lassen, weil sich überhaupt eine bestimmte Politik nicht durchführen läßt, ohne die Verletzung des einen oder andern Theils, welche dann das Bestreben hervorruft, sich von der Verbindung loszureißen.“ Auch Wurm faßt die Möglichkeit einer Trennung in's Auge, setzt aber ganz richtig hinzu, daß sie nur von Oestreich ausgesprochen werden könne, nicht von Deutschland, und daß man dann seinen scheidenden Brüdern zurufen müsse: Auf Wiedersehn! Zuletzt stellte der Berichterstatter Riesser mit der Gründlichkeit und Schärfe, die diesem Redner eigen sind, die Ansichten seiner Partei zusammen. „Die Frage hat zwei Seiten. Die staatsrechtliche Seite ist die, daß wir die Bedingung des Eintritts in den Bundesstaat feststellen; darin sind wir allmächtig. Aber wir können uns nicht verhehlen, daß in diesen Verhältnissen, gegenüber den Staaten, mit denen nach der bisherigen zweideutigen Weise, einzelne Bundesländer verbunden waren, daß gegenüber Dänemark, Holland und dem nichtdeutschen Oestreich eine völkerrechtliche Frage vorliegt, in Beziehung auf welche ein Krieg, abgesehen von der innern materiellen Berechtigung, in formeller Hinsicht möglich sein würde. Wo aber ein völkerrechtlicher Krieg möglich ist, da darf auch die Möglichkeit völkerrechtlicher Unterhandlung nicht ausgeschlossen sein. — Wir sind es nicht, die diese Frage erfunden haben, um sie zur Lust an Oestreich zu stellen; die Geschichte hat diese Frage gestellt und unsere Paragraphen sind nur der Ausdruck der innern Nothwendigkeit, über welche sich Oestreich wird aussprechen müssen.“

Deutschland hat durch das Organ seiner Vertreter seine Entscheidung getroffen. Sie ist so ausgefallen, wie sie eines denkenden Volkes würdig ist. Jetzt wird Oestreich seine Erklärung abgeben müssen. Es kann das aber erst, wenn es sich constituirt hat. Die Einnahme von Wien ist nur der Anfang vom Ende. Der bisherige Zustand war freilich nicht haltbar. Hindert sich durchkreuzende Parteien, von denen jede die andere betrog und von denen keine wußte, was sie wollte; ein Reichstag, in dem das eine Mitglied das andere nicht verstand; ein Ministerium, wo die rechte Hand nicht wußte, was die linke that. — Die einzige Macht, die mit einiger Klarheit auftrat — die Studentenschaft!! Ich gebe zu, es ist in dieser Wirthschaft im Ganzen noch viel weniger Unheil geschehen, als man hätte erwarten sollen, aber es war der Zustand absoluter Gedankenlosigkeit, ein stiches, kraftloses Scheinleben.

Aber mit dem Siege des Militärs ist es nicht abgethan. Neuere Ruhe ist noch keine Quelle eines politischen Organismus. Es kommt darauf an, daß die herrschende Partei den Muth hat, den einzigen Gedanken auszuführen, der Oestreich regeneriren kann.

Mit diesem Reichstag ist nicht zu regieren. Seine ganze Zusammensetzung ist eine sinnlose. Mit dem Absolutismus eben so wenig. Das würdige Verhalten der Tschechen in den letzten Tagen, ihre Intervention zu Gunsten ihrer besiegten Gegner gibt den Fingerzeig.

Der Reichstag muß aufgelöst und in jeder Provinz — Böhmen, Deutsch-Oestreich, Italien, Ungarn, Galizien, Siebenbürgen, Croatien mit Slavonien — eine Versammlung einberufen werden, mit der die Krone zunächst die Reorganisation der Provinzen vereinbart. Ein Centralausschuß aus diesen Provinzialständen steht der Regierung controlirend zur Seite. Aus ihm geht später der Reichscongreß hervor, der den Entwürfen der Provinziallandtage, so weit sie nicht einander aufheben, Gesetzeskraft gibt.

Wenn Oestreich auf diese Weise — natürlich auf rein demokratischer Grundlage — sich reorganisiert hat, wenn gleichzeitig Deutschland mit seiner Constitution fertig ist, denn werden beide Theile ihr Augenmerk darauf richten, ob und welche Verbindung zwischen ihnen möglich ist.

Bis dahin bringt aber jede Einmischung des einen Theils in die Angelegenheiten des andern unvermeidliches Verderben.

††.

Das demokratische Vorparlament in Berlin.

Gerücht ist eine Pfeife, heißt es bei Shakespeare, die Mißtrauen, Eifersucht und Vermuthung bläst, und von so leichtem Griff, daß selbst die wandelbare, immer hadernde Menge darauf spielen kann. So stand hier in Berlin vor einigen Tagen ein Duzend Menschen vor dem „englischen Hause“ in der Mohrenstraße. Wer mit einer Karte versehen war, den ließen die Thürsteher ein, edle Gestalten in Husarenjacken, rothe Binden um den Leib und rothe Federn auf dem Hut. Im ersten Stock kam man in einen kleinen Saal, ein rothes Band trennte die Hörenden von den Rednern, ein Tisch auf einer Erhöhung für den Präsidenten, einer auf ebner Erde für die Deputirten und für das Publikum zwei schmale Tribunen. Die Farben der Republiken von Nordamerika, der Schweiz und Frankreich, vor allen aber rothe Flaggen waren längs den Wänden aufgestellt. Ueber Vorurtheile war man hinaus, man behielt den Hut auf dem souveränen Haupte und rauchte seine Cigarre zu Ende. In Bausch und Bogen waren etwa zwei-